

Rede des designierten Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Martin Schulz

Beim außerordentlichen Bundesparteitag der SPD

19. März 2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Verehrte Damen und Herren!

Liebe Gäste!

Danke für diesen überschwänglichen Empfang. Jeder spürt es, hier im Saal, genauso wie im Land: Die SPD ist wieder da! Wir sind wieder da! Das ist eine gute Nachricht für die Menschen im Lande, in Deutschland. Das ist eine gute Nachricht für Deutschland, eine gute Nachricht für Europa und eine gute Nachricht für die Demokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich heute um den Parteivorsitz der ältesten Partei in diesem Lande. Ich bewerbe mich um den Vorsitz einer 153 Jahre alten Partei, die - Sigmar Gabriel hat das gerade in beeindruckender Weise gesagt - im Gegensatz zu anderen Parteien nie ihren Namen ändern musste und die trotzdem oder vielleicht gerade deshalb Kaiserreich, Kriege, Diktaturen überlebt hat und die die Demokratie in Ost- und in Westdeutschland mit aufgebaut hat. Ich bewerbe mich um den Vorsitz der Partei, die die Demokratie erstritten, die das Frauenwahlrecht erkämpft, die sich den Nationalsozialisten in den Weg gestellt hat und dafür einen hohen Blutzoll zahlen musste.

Ich bewerbe mich um den Vorsitz einer Partei, die in der DDR verboten war, die unter Willy Brandt in den 70er-Jahren das deutsche Bildungssystem fundamental reformiert und zukunftsfest gemacht hat, die dem Terrorismus der 70er-Jahre die Stirn geboten hat, ohne dabei die Liberalität in unserem Lande aufzugeben, die

unser Land vor der Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Krieg im Irak bewahrt hat, einer Partei, die endlich auch den Mindestlohn in Deutschland eingeführt hat.

Ich könnte das fortführen, und die Aufzählung ist nicht abschließend. Aber generell, kann man eines sagen: Wann immer die Freiheit in Deutschland bedroht oder Reformen notwendig waren, wenn es darum ging, gleiche Rechte für Mann und Frau oder für Minderheiten zu erstreiten, wenn es darum ging, die Gewerkschaftsrechte zu verteidigen oder die betriebliche Mitbestimmung auszubauen, wenn die Familien gestärkt und die Chancengleichheit verbessert wurden, wenn es galt, den sozialen Frieden herzustellen, dann musste das unsere stolze Partei hinbekommen. Dann musste das die SPD tun.

Ich freue mich sehr, dass in den letzten Wochen 13.000 neue Mitglieder zu uns gekommen sind - Menschen, die zu einem großen Teil wieder den Weg zu uns zurückgefunden haben, und viele, viele junge Menschen, die dafür brennen, dass wir dieses Land gemeinsam besser machen. Euer Enthusiasmus, liebe Genossinnen und Genossen, die ihr neu in die Partei gekommen seid - wir spüren das heute hier in diesem Saal -, steckt uns alle an und wird uns in den nächsten Monaten begeistern.

Meine Botschaft an die jungen Männer und Frauen, die zu uns gekommen sind, ist die: Ihr seid nun Teil einer Familie, einer Familie, die sich darum kümmert, dass in ihrem Viertel, in ihrer Gemeinde, in ihrer Stadt, in ihrem Land, im ganzen Land, ja, auf dem ganzen Kontinent die Dinge zum Besseren gewendet werden. Der mutige Kampf für Freiheit, für Gerechtigkeit und für Demokratie wird in Deutschland seit 150 Jahren symbolisiert durch diese drei Buchstaben: S - P - D!

Ich muss zugeben - auch nach der Rede von Sigmar Gabriel -, dass es mir in diesen Tagen und auch in den Stunden schwerfällt, zu fassen, was geschieht, wenn ihr mich denn heute wählt.

Ihr kennt mich und wisst, woher ich komme: Ich bin das fünfte Kind einfacher und sehr anständiger Leute. Ich bin 1955 in Nordrhein-Westfalen im Dreiländereck zwischen Deutschland, Belgien und den Niederlanden geboren. Diese Region hat mich zutiefst geprägt. Meine Mutter war Hausfrau, mein Vater Polizist. Ich selbst war echt faul in der Schule und hatte als junger Mann nichts als Fußball im Kopf. Als das mit der Fußballkarriere nicht geklappt hat und ich die Schule geschmissen hatte, habe ich in meinem Leben die Orientierung verloren. Fast wäre alles in meinem Leben schiefgegangen.

Aber dann habe ich eine zweite Chance bekommen dank meiner Familie, dank meiner Freunde und auch dank der Jusos in meiner Heimat, so wie jeder, der ins

Stolpern gerät oder aus der Bahn geworfen wird, eine zweite Chance bekommen sollte.

Meine zweite Chance war: Ich habe mich in Bücher reingefressen, habe eine Ausbildung als Buchhändler gemacht. Ich habe mich politisch engagiert: bei den Jusos, später im Stadtrat. Ich bin schließlich mit jungen Jahren Bürgermeister geworden. In dieser Funktion bin ich zweimal wiedergewählt worden.

Ich habe eine kleine Buchhandlung gegründet, die es heute noch gibt, die von einer früheren Auszubildenden übernommen worden ist, und die sie heute immer noch erfolgreich führt.

Ich bin dann ins Europaparlament gewechselt. Ich war dort zweiundzwanzigeneinhalb Jahre Abgeordneter. Ich war acht Jahre Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion und in den letzten fünf Jahren der Präsident des Europäischen Parlaments. Ich habe in diesem Amt versucht, Europa demokratischer, effektiver und sichtbarer zu machen und vor allen Dingen eines: zu jeder Zeit klare Kante gegen diejenigen zu zeigen, die dieses Einigungswerk abwickeln wollen! Die finden in mir einen energischen Gegner.

Nun stehe ich hier vor euch: ein Mann aus Würselen, meiner Heimat, zu der ich stehe, ein Mann aus einfachen Verhältnissen, und ich bewerbe mich um ein Amt, das vor mir Menschen innehatten wie zum Beispiel

- August Bebel, der Arbeiterkaiser, der sich gegen die Bismarck'schen Sozialistengesetze stemmte und die SPD zur Volkspartei machte,
- Otto Wels, der Aug' in Aug' mit Hitler im Reichstag dem Diktator ins Gesicht schleuderte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen - unsere Ehre nicht“,
- Kurt Schumacher, der von den Nazis im KZ gefoltert und gequält wurde und der trotz massiver Beeinträchtigungen mit einer eisernen Disziplin und oft unter schweren Schmerzen engagiert beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands mitgeholfen hat,
- Willy Brandt, ein Jahrhundertpolitiker, der - selbst verfolgt! - für die deutsche Nation auf die Knie fiel und für die Verbrechen der Nazis um Verzeihung bat und der für seine Entspannungspolitik mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde; wie viele andere hier bin ich wegen Willy in die SPD gegangen, ich habe ihn bewundert und habe vor allen Dingen bewundert, wie er bis an sein Lebensende nicht nur für unser Land, sondern auch für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die globale Armutsbekämpfung bis zum letzten Atemzug gestritten hat;

- Hans-Jochen Vogel, der in Zeiten des RAF-Terrorismus persönlich bedroht war, der die Frauenquote in unserer Partei eingeführt hat und der bis heute für uns alle ein guter und weiser Ratgeber ist; Hans-Jochen, auch ich möchte dir an dieser Stelle, weil du ja am Fernseher sitzt und unseren Parteitag mitverfolgst, meine herzlichen Grüße und meinen Dank für deine wunderbare Botschaft übermitteln;

- Gerhard Schröder, Genossinnen und Genossen, der sich von ganz unten bis zum Regierungschef hochgerackert hat und dabei niemals seine Herkunft vergaß, der Deutschland so reformierte, dass wir alle noch heute davon profitieren und der - anders als manche, die heute Verantwortung in diesem Land tragen - ein mutiges „Nein“ gegen den Irak-Krieg im Namen unserer Partei und im Namen Deutschlands ausgesprochen hat,

- und wie Sigmar Gabriel, der Vizekanzler und Außenminister, der nach Willy Brandt der am längsten amtierende Vorsitzende der SPD war, stolzer Vater dreier Töchter und mein enger und guter Freund. Lieber Sigmar, dass du deinen eigenen Ehrgeiz zurückgestellt hast, dass du für einen anderen - für mich in diesem Fall - Platz gemacht hast, weil du davon überzeugt warst, dass das besser für das Land und besser für die Partei sein würde, ist eine große politische, aber vor allen Dingen eine große menschliche Leistung, die zeigt, was für ein besonderer Charakter du bist.

Dich weiter an meiner Seite zu wissen, macht mich stark, macht uns stark, macht die SPD stark. Dein Handeln und unser Miteinander sind vor allen Dingen eines: Es ist sozialdemokratisch! Ich danke dir von ganzem Herzen!

Ich bewerbe mich also um ein Amt, das diese großartigen Menschen vor mir innehatten.

Ihr könnt mir glauben: In diesen Stunden und Tagen bin ich demütig, sehr sogar!

Wenn diese Rede vorbei sein wird, wenn wir gewählt und entschieden haben werden, dann, Genossinnen und Genossen, wollen wir loslegen. Denn wenn wir nicht dafür sorgen, dass es in diesem Land gerechter zugeht, dann wird das niemand anderes machen.

Wer in diesem Land hart arbeitet - sei es als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer oder als Arbeitnehmerin -, wer sich engagiert, wer für die Eltern oder für die Kinder da ist, wer sich in diesem Land abrackert und an die Regeln hält, der hat unseren Respekt verdient. Ich habe diesen Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in unserem Land. Es ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die dafür sorgen muss, dass jeder einzelne Mensch, jeder Mann, jedes Kind, jede Frau im Mittelpunkt

unseres Denkens und im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Ich möchte, dass der einzelne Mensch Respekt bekommt.

Dazu gehört natürlich, dass wir endlich Schluss machen mit dem Lohngefälle in Deutschland, dass wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen. Es ist doch ein Skandal, dass wir das noch jeden Tag fordern müssen. Das unerträgliche Lohngefälle zwischen Männern und Frauen muss aufhören!

Deshalb bleiben wir hart bei der Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, für Männer und für Frauen, gleichermaßen in Ost und in West. Dafür werden wir in den nächsten sechs Monaten kämpfen, und das werden wir in diesem Lande gemeinsam mit den Gewerkschaften durchsetzen.

Ich freue mich, dass die Gewerkschaften mit ihren Vorsitzenden bei uns vertreten sind und dass sie in so großer Zahl heute bei uns sind. Was Sigmar Gabriel begonnen hat, das will ich fortsetzen im engen Schulterschluss mit euch, den Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das ist kein Scherz: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ heißt, dass die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Seit' an Seit' für mehr Gerechtigkeit in diesem Land schreiten.

Wir wollen loslegen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit erreichen. Aber ich bin auch einig mit den Polizistinnen und Polizisten in Deutschland, die wir mehr unterstützen müssen, damit sie die Alltagskriminalität wirksamer bekämpfen können, etwa bei Wohnungseinbrüchen, die das Unsicherheitsgefühl der Menschen verstärken.

Wir müssen auch die Feuerwehr und die Rettungskräfte stärker unterstützen, die, die jeden Tag unterwegs sind, um Menschenleben zu retten, und dabei leider immer häufiger selbst in Gefahr geraten. Diese Menschen, die für unsere Sicherheit, für unseren Schutz, oft auch für unser Überleben im Einsatz sind, haben mehr Respekt und unseren besonderen Schutz verdient.

Ich finde es daher gut, liebe Genossinnen und Genossen, dass Heiko Maas ein entsprechendes Gesetz vorgelegt hat, damit Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienste härter bestraft werden. Auf meiner Reise habe ich mit Feuerwehrleuten, mit Rettungsdiensten, mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gesprochen, und ich kann nicht verstehen, dass wir als Gesellschaft zulassen, dass Leute, die zu einem Rettungseinsatz fahren, dort behindert werden. Das zeigt: Wir

brauchen mehr Zusammenhalt und wieder mehr Respekt in dieser Gesellschaft. Das ist das, wofür wir streiten müssen.

Wir wollen die Rente sicher machen und dafür sorgen, dass die, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, auch im Alter ordentlich und in Würde davon leben können. Denn es sind doch die Alten gewesen, die Deutschland aufgebaut und zu dem wunderbaren und lebenswerten Ort gemacht haben, der unser Land heute ist. Dafür haben sie Dank, Respekt und Anerkennung verdient.

Wir wollen in diesem Land die richtigen Rahmenbedingungen für engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen, damit sie sich entwickeln und wachsen können und damit so sichere und gut bezahlte Jobs entstehen. Gerade im Bereich der Digitalisierung brauchen mittelständische und kleine Unternehmer unsere Hilfe, sei es infrastrukturell - und hier insbesondere im ländlichen Raum; Sigmar Gabriel hat zu Recht genau darauf hingewiesen - oder bei der Setzung von Rechtsrahmen, die sie brauchen als Sicherheit für künftige Geschäftsmodelle und für die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen.

Wir wollen die Vereine und die zivilgesellschaftlich Engagierten unterstützen, denn sie halten den Laden in unserer Gesellschaft am Laufen, egal ob sie sich im Stadtteil oder der Gemeinde, in der Schule, im Sportverein oder in den Kirchen, ob sie sich für Menschen mit Beeinträchtigungen oder in der Flüchtlingshilfe engagieren.

Wir wollen in Deutschland auch eine kreative und neugierige Atmosphäre erhalten, in der Kunst und Kultur, damit die kreativ Tätigen, die Menschen, die sich künstlerisch betätigen, die Kulturschaffenden in unserem Land, die Möglichkeit haben, uns zu bereichern, uns zum Staunen, zum Zweifeln, zum Nachdenken, zum Reflektieren zu bringen. Kunst und Kultur gehören in die Mitte der Gesellschaft und sind keine Randphänomene.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich werde heute keine abschließende programmatische Rede halten. Dafür haben wir einen eigenen Parteitag, den wir Ende Juni in Dortmund abhalten werden. Dort werden wir unser Regierungsprogramm vorlegen. Ein Regierungsprogramm, das am Ende einer fast zweijährigen Arbeit stehen wird. Eine Programmarbeit, auf die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein können, denn wir haben Tausende von Menschen einbezogen in diese Programmdiskussion und viele Experten angehört. Wir sind auch noch dabei, eine Menge von Dingen in den dafür zuständigen Gremien zu diskutieren. Ich selbst bin seit Ende Januar im Lande unterwegs. Ich habe unzählige Begegnungen in den letzten Wochen gehabt. Ich gehe in die Betriebe, in die Bildungsstätten und zu den Menschen nach Hause, um

zuzuhören und zu lernen und daraus die notwendigen Schlüsse auch für unsere Programmarbeit und für das, was in den nächsten Jahren unsere Schwerpunkte sein müssen, zu ziehen.

Aber eines kann ich schon jetzt vorwegnehmen: Bei unserem Programm wird es um Gerechtigkeit, um Respekt und um Würde gehen. Und dabei werden wir für uns werben, für unser Programm. Ich werde mit euch gemeinsam für die SPD werben, für uns, aber nicht gegen andere kämpfen. Wenn man aus dem Wahlkampf von Donald Trump und dem, was sich in den Vereinigten Staaten von Amerika abgespielt hat, eines lernen kann, dann, dass die Verächtlichmachung, das Arbeiten mit gefälschten Nachrichten und die pauschale Verurteilung ganzer Gruppen von Menschen in Deutschland keinen Platz haben dürfen.

Genossinnen und Genossen,

wir Sozis sind nicht die besseren Menschen, und die anderen Demokraten in dieser Gesellschaft sind nicht der Feind. Im Gegenteil: Im Idealfall ist der Wahlkampf eine Sternstunde der Demokratie.

Deshalb sage ich ganz klar: Mit mir wird es keine Herabwürdigung des politischen Wettbewerbers geben. Wenn andere einen anderen Weg wählen, dann - da bin ich sicher - wird es am Ende die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler sein, darüber ein Urteil zu fällen.

Liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde,

in unserer Gesellschaft hat sich etwas verändert, etwas Bedeutendes: Bei vielen Menschen, bei vielen Familien verschiebt sich der Moment, an dem sie Kinder bekommen, immer weiter nach hinten. Meine Eltern und meine älteren Geschwister haben ihre Kinder noch zwischen 20 und 25 Jahren bekommen. Ich selbst und meine Frau, wir haben unsere Kinder schon mit 30 und 34 Jahren bekommen. Manche bekommen sie mit Mitte 50.

Hierdurch entsteht eine neue Herausforderung: Denn diese Eltern sind - wie wir alle - beruflich enorm belastet und herausgefordert. Gleichzeitig müssen sie sich aber noch um ihre Kinder kümmern, die noch zu Hause sind, noch in der Ausbildung sind, noch zur Uni gehen. Auf der anderen Seite sind die Eltern aber teilweise schon so alt, dass sie zuwendungs- und zum Teil sogar pflegebedürftig sind.

Diese Art der Dreifachbelastung ist neu, und ich denke, hier im Saal sind viele, die selbst davon betroffen sind oder jemanden kennen, der in einer solchen Lebenssituation ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Menschen in solchen

Lebenslagen in die Knie gezwungen werden - weder physisch noch psychisch noch finanziell. Im Gegenteil: Sie verdienen unsere Unterstützung, die Unterstützung eines handlungsfähigen Staates und einer solidarischen Gesellschaft.

Wenn wir also in die Schulen, in die Universitäten, in die Kitas investieren, können wir diese Generation spürbar entlasten.

Genauso ist es auf der anderen Seite, wenn wir in die Pflege investieren.

Wenn wir also in die Schulen, in die Universitäten, in die Kitas investieren, wenn wir auf der anderen Seite in die Pflege investieren, für mehr Personal, für besser geschultes und besser ausgebildetes Personal sorgen, das mehr Zeit für die Pflegebedürftigen hat, wenn wir diese Entlastungen schaffen, dann schaffen wir Entlastungen für diese Familien. Das wäre eine gute Politik für die Familien in unserem Land. Das sind Entlastungen für die hart arbeitende Mitte in unserem Land.

Deshalb: Investieren ist was wir in den nächsten Jahren tun müssen.

Ich habe auf meinen Reisen gesehen, dass es in all diesen Bereichen viel zu verbessern gibt - sehr viel. Das fängt an bei den Schulen. Ich habe Schulen gesehen, die mehr an Baustellen als an Orte der Lehre erinnern. Das hat mir im Herzen weh getan. Denn Schulen in einem guten Zustand sind doch auch eine Frage des Respekts, des Respekts vor den Kindern, die dort lernen. Vor den Eltern und Großeltern, die das Beste für ihre Kinder und Enkel wollen. Und vor den Lehrkräften, denen wir doch das Wichtigste anvertrauen, das wir haben: unsere Kinder.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Die Chance, dass man unabhängig von seiner Herkunft, vom Geldbeutel der Eltern, von seiner Adresse, eine gute und zukunftsorientierte Bildung bekommt, ist die Zukunftsfrage der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb wollen wir nicht nur darüber sprechen, wie wichtig das ist, sondern konkrete Maßnahmen beschließen:

Wir, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wollen, dass Bildung gebührenfrei wird.

Und ich füge hinzu: Von der Kita bis zum Studium und nicht nur bei der Hochschulbildung, sondern das gilt auch für die berufliche Bildung, für Meister- und Berufsausbildungskurse. Auch die müssen gebührenfrei sein.

Wir wollen, dass es - für die, die das wünschen - einen Rechtsanspruch auf Plätze an Ganztagschulen gibt.

Und das fängt schon, liebe Genossinnen und Genossen, ganz früh an. Das habe ich auf meinen Reisen in Gesprächen mit vielen, vielen Menschen gehört, und das höre ich übrigens auch in meinem eigenen Stadtviertel, bei mir zu Hause in Würselen, wenn ich mit meinen Nachbarinnen und Nachbarn diskutiere. Ich höre dann von vielen Familien, dass für sie die Probleme mit der Einschulung der Kinder losgehen. Bis dahin waren die Kinder in der Kita, aber auf einmal stehen sie mittags vor der Tür - ohne Mittagessen und mit einem Ranzen voller Hausaufgaben.

Auch deshalb: Für die, die es wollen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule einführen.

Genau das ist im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Eltern und von mehr Chancengleichheit der Kinder.

Wir wollen, dass Bildung inklusiv ist; denn Bildung bedeutet Würde - egal, ob jemand beeinträchtigt ist oder nicht.

Wir wollen, dass der Bund sich an der Sanierung und Modernisierung der Schulen beteiligt.

Und wir wollen, dass der Bund die Länder bei der Schulsozialarbeit nachhaltig unterstützt, über die Mittel hinaus, die wir der Union schon abgetrotzt haben. Denn die familiären und sozialen Probleme - das wissen wir doch alle - landen in den Schulen. Deshalb müssen sie auch dort angegangen werden, und zwar nicht nur von Lehrerinnen und Lehrern - die haben mit der pädagogischen Betreuung genug zu tun.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

was ich aufgezählt habe, kostet Geld. Es sind Investitionen in die Köpfe, in die Zukunft unserer Kinder, in die Aus- und Weiterbildung der Menschen und vor allem auch in die Infrastruktur, die wir brauchen, wenn wir weiterhin ein ökonomischer Champion in Europa und in der Welt sein wollen. Es sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, mit denen wir gleichzeitig mehr Gerechtigkeit schaffen und wirtschaftlichen Fortschritt erst ermöglichen.

Was aber macht die Union? - Ganz eindeutig ist das nicht, weil sich weder CDU und CSU noch die CDU intern einig sind. Aber einiges von dem, was sie vorhaben, deutet sich bereits an. Ein alter Wahlkampfschlager wird aufgewärmt - und ich meine nicht „Freiheit statt Sozialismus“ - das kommt bestimmt auch noch - ich meine den alten Wahlkampfschlager der Steuersenkung. Die Union verspricht die Abschaffung des Solidaritätszuschlags: das sind 20 Milliarden Euro Staatseinnahmen weniger pro

Jahr. Dann verspricht der Finanzminister Steuersenkungen im Wert von 15 Milliarden Euro. Das sind gewaltige strukturelle Mindereinnahmen. Auf der anderen Seite kündigt sein Parlamentarischer Staatssekretär an - Sigmar hat darauf hingewiesen -, dass der Rüstungsetat jährlich um 20 Milliarden Euro erhöht und zugleich bei den Sozialausgaben weniger ausgegeben werden soll.

Das ist das Wahlgeschenkprogramm der CDU/CSU und das sind Milliarden, die für wichtige Zukunftsinvestitionen fehlen würden. Sehr gut, dass es nicht dazu kommen wird, liebe Genossinnen und Genossen!

Diese Pläne sind extrem ungerecht, sie sind ökonomisch unvernünftig und sie spalten unsere Gesellschaft. Nach unzähligen Gesprächen auf meinen Reisen kann ich sagen: Mir ist wichtig, dass wir vor allem eine Entlastung der Familien hinbekommen, dadurch dass wir die Bildung gebührenfrei machen und dass wir Geld in die Hand nehmen, um eine vernünftige Bildungsinfrastruktur aufzubauen. Das ist extrem wichtig.

Aber wenn ich davon spreche, wie wir die Familien unterstützen, geht es mir noch um etwas Weiteres: Denn Familie bedeutet auch: gemeinsame Zeit. Gemeinsame Zeit, für die angesichts der gewachsenen Anforderungen an jeden Einzelnen im Arbeitsleben oft kein Raum mehr vorhanden ist.

Deshalb müssen wir eine Antwort dafür finden, wie die Familien mit der Dreifachbelastung „Erziehung der Kinder, Betreuung der Eltern und Erfolg im Beruf“ fertig werden, wie sie das hinbekommen können. Damit sprechen wir also über das Thema Zeit. Konkret darüber, wie wir eine größere Flexibilität ermöglichen, um die genannten Anforderungen unter einen Hut zu bekommen.

Das ist einer der Gründe, warum wir die Union bei dem Thema „Recht von Teilzeit wieder in Vollzeit zurückzukehren“ so drängen, mit uns gemeinsame Sache zu machen. Und ich bin zuversichtlich, dass wir das absehbar noch in dieser Wahlperiode hinbekommen werden.

Und darüber hinaus habe ich mit unserer großartigen Familienministerin Manuela Schwesig ein Konzept der Familienarbeitszeit diskutiert, durch das Familien bestärkt werden sollen. Wir brauchen eine Familienarbeitszeit. Dieses Konzept wird Manuela Schwesig für unsere Partei in den nächsten Wochen vorstellen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum Respekt gehört auch, dass wir nicht zulassen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz hoher Qualifizierung Angst haben müssen, aus dem

Arbeitsmarkt zu fallen. Daher habe ich mit Andrea Nahles und Olaf Scholz darüber nachgedacht, wie wir das verhindern können.

Denn wer beispielsweise heute mit 55 arbeitslos wird, der hat dann unter Umständen noch zwölf Jahre zu arbeiten. Das sind oft hochqualifizierte Männer und Frauen, deren Berufsbilder sich mit der Zeit geändert haben. Diese Leute dürfen wir doch nicht einfach so aufgeben.

Deshalb haben wir vorgeschlagen, unsere Arbeitsmarktpolitik weiterzuentwickeln. Worum geht es dabei? Es geht nicht, Genossinnen und Genossen, um Vergangenheitsbewältigung oder um eine Debatte, die 14 Jahre her ist. Nein, es geht um eine zukunftsgerichtete Fortschreibung unserer Reformpolitik.

Einen entscheidenden Schritt haben wir dabei in dieser Wahlperiode bereits umgesetzt. Auch wenn sich die Union dagegen gewehrt hat und so mancher Lobby-Verband den Untergang des Abendlandes prognostiziert hatte: Wir haben den Mindestlohn eingeführt und so Hunderttausenden ein besseres Einkommen und damit auch eine bessere Rente ermöglicht.

Und nun machen wir einen weiteren wichtigen Reformschritt, der Deutschland zukunftsfähiger und ein Stück gerechter macht: Denn hatten wir zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts fünf Millionen Arbeitslose, so herrscht heute zum Teil ein dramatischer Facharbeitermangel.

Deshalb müssen wir in einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt für die Menschen, die herausgefallen sind, wieder den Anschluss an den Arbeitsmarkt über die Qualifizierung ermöglichen. Das sind Fragen des Respekts und der ökonomischen Vernunft.

Deshalb werden wir die Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln, damit sie stärker Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose im Auge hat. Das ist gut für die betroffenen Arbeitnehmer, aber das ist auch gut für die betroffenen Unternehmen, die händeringend nach Fachkräften suchen. Mit einem Wort: Diese Initiative ist gut für Deutschland insgesamt!

Und nun, liebe Genossinnen und Genossen, uns vorzuwerfen, wir würden damit ein Frühverrentungsprogramm etablieren, ist schon einigermaßen absurd. Wer sollte eigentlich daran ein Interesse haben? Deutschland leidet unter einem Facharbeitermangel und deshalb ist die Qualifizierung und Weiterbildung ein Innovationsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland.

Lasst es mich in aller Klarheit sagen, auch an die Adresse all derjenigen, die für sich so großen ökonomischen Sachverstand reklamieren: Die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland hängt nicht von der Länge des Bezugs des Arbeitslosengeldes ab, sondern von der Qualifizierung der Menschen.

Da muss investiert werden.

Wir werden weitere Konkretisierungen bei unserem Programmprozess vornehmen. Die Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund, muss auf den Prüfstand gestellt werden. Und gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir klarstellen: Der Missbrauch von Leiharbeit ist so wenig akzeptabel, wie die Behinderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Betriebsräte gründen wollen.

Und ebenso wollen wir die Mitbestimmung bei Weiterbildungsfragen ausbauen. Das sind Fragen der Gerechtigkeit. Alle die Maßnahmen, die ich skizziert habe, sind Zeichen einer solidarischen und intakten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der sich die Menschen gegenseitig helfen und in der wir in Gemeinschaft stark sind. Es ist das Gegenteil von dem, was der ökonomische Mainstream in den letzten Jahrzehnten versucht hat, uns einzubläuen, nämlich dass: „Wenn jeder für sich selbst sorgt, ist am Ende für alle gesorgt“. Diese Logik hat sich zu einem Deregulierungswahn weiterentwickelt, der durch seine Staatsverachtung zwischenzeitlich sogar demokratiegefährdend geworden ist.

Denn wenn bei der Polizei, bei Schulen, bei der notwendigen Instandhaltung der Infrastruktur nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, dann verlieren die Menschen das Vertrauen in unser Gemeinwesen. Weil Sicherheit, faire Bildungschancen und eine funktionierende Infrastruktur wesentliche Gerechtigkeitsfragen sind. Es ist doch klar, Reiche können sich einen schwachen Staat leisten, denn sie kaufen sich ihre Bildung, sie kaufen sich ihre Sicherheit im Zweifel privat und im Zweifel leben sie auch in Parallelwelten, die über eine eigene funktionierende Infrastruktur verfügen.

Es ist aber eine gemeinschaftliche Aufgabe, diese öffentlichen Güter zur Verfügung zu stellen und zwar nicht nur in den Ballungsräumen und Metropolen, sondern überall im Lande und insbesondere im ländlichen Raum, in den Dörfern und den kleinen Städten.

Deswegen reise ich auch so viel in die kleinen Städte. Ich gehe in die Regionen, in die Fläche und nicht nur in die Ballungsräume, und höre mir die Probleme der Menschen sehr genau an. Ich schaue mir vor Ort an, was notwendig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

die Staatsverächter, die Privat-Statt-Staat-Propagandisten bei den Neoliberalen müssen wieder eins lernen: „Soziale Gerechtigkeit“ ist kein Begriff aus dem Lehrbuch des Klassenkampfes, sondern sie ist eine grundlegende Bedingung für eine freie und fortschrittliche Gesellschaft. Für ein Gemeinwesen, in dem wieder alle ihre Chance bekommen und respektiert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich Meinhard Miegel zitieren, einen konservativen Ökonom, der wahrlich nicht im Verdacht steht, ein Klassenkämpfer oder ein Sozi zu sein. Der in dieser Woche in der wahrlich nicht linken Tageszeitung *Die Welt* geschrieben hat:

Ich zitiere Meinhard Miegel:

„Während beachtliche Teile der Bevölkerung schon seit Langem Einschränkungen hinnehmen müssen, ist es einer Minderheit bisher nicht nur gelungen, sich diesem Trend zu entziehen, sondern sie hat im Gegenteil ihren Vorsprung in mitunter geradezu obszöner Weise ausgebaut. Was von dieser Minderheit an Einkommen und Vermögen zusammengetragen wird, geht weit über das hinaus, was in der bekannten Geschichte als sittlich und gemeinschaftsverträglich angesehen worden ist. ... Wenn diese Frage nicht überzeugend beantwortet werden kann, erzeugt sie Spannungen, die zerstörerischen Kräften Auftrieb geben und schlimmstenfalls zu einem blutigen Zusammenbruch der Gesellschaft führen kann.“

So weit das Zitat eines konservativen Ökonomen in der Bundesrepublik Deutschland. Genau aus diesem Grund müssen wir Gerechtigkeit in diesem Land herstellen, Gerechtigkeit, Würde und ein neues Miteinander.

Ich bin davon überzeugt, liebe Freundinnen und Freunde, dass eine Gesellschaft gerechter ist, in der soziale Sicherheit existiert. Eine Gesellschaft, in der soziale Sicherheit existiert, ist auch widerstandsfähiger, nicht so anfällig für die einfachen Botschaften der Verführer, die inzwischen ja weltweit ihr Unwesen treiben. Denn wenn man die Nachrichten sieht, sieht man täglich, dass unsere Demokratie, unsere Art zu leben zunehmend unter Druck gerät.

Da ist einerseits die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus. Menschenverachtende Mörder, die die Religion als falsche Rechtfertigung für ihr zynisches Geschäft missbrauchen. Diese Leute wollen unsere Gesellschaften destabilisieren, indem sie Bomben werfen und Angst und Schrecken verbreiten. Weltweit sind tausende Unschuldige diesen Verbrechern zum Opfer gefallen, viele Muslime darunter, vor allem aber Frauen, Kinder und Alte. Der sogenannte

Islamische Staat hat diesen Krieg nach Europa getragen, indem er hier bei uns und in anderen Ländern Europas furchtbare Anschläge begangen hat. Hier darf es kein Pardon geben. Und wir werden beweisen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist und sich zu verteidigen weiß, ohne dass wir dabei unsere Freiheit und unsere Offenheit aufgeben.

Dabei setzt sozialdemokratische Sicherheitspolitik nicht nur auf den Ausbau der Sicherheitsbehörden und auf das Strafrecht - das sicherlich auch -, sondern wir wollen auch präventiv tätig sein. Denn die meisten Täter - das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen - sind junge Menschen, die sich bei uns radikalisiert haben. Das ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen, und hier sind auch die Religionsgemeinschaften, die Schulen, die Familien gefragt, aufmerksam darauf zu achten, wenn sich junge Menschen in die Hände dieser gewissenlosen Verbrecher begeben.

Wir sind ein Land, liebe Genossinnen und Genossen, mit einer auf starken Grundrechten aufgebauten Verfassung. Wer die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes liest, der hat eine fantastische Anleitung, wie ein friedliches und ein respektvolles Zusammenleben, das den Zusammenhalt der Gesellschaft und zugleich die Grundrechte eines jeden Einzelnen garantiert, möglich ist. Wer aber unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit, die garantiert ist - auch in diesen 20 Artikeln -, auf der anderen Seite elementare Grundrechte unserer Verfassung infrage stellt – und ich zitiere einmal ein solches Grundrecht:

Art. 3 Abs. 2 unseres Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Wer diese unveräußerliche Garantie infrage stellt, hat nicht nur den energischen Widerstand der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu erwarten - er hat in diesem Lande keinen Platz und nichts verloren.

Eine andere große Herausforderung für unsere Demokratie sind allerdings auch und in zunehmendem Maße die unbelehrbaren Rechten, die Nationalisten und Populisten, denen eine freie und tolerante Gesellschaft ein Dorn im Auge ist. Sie beschimpfen die freie Presse, sie lehnen Minderheitenrechte ab, sind gegen Vegetarier genauso wie gegen Feministinnen, sie haben den Islam oder Europa zum Hauptgegner erklärt. Und diese Leute reklamieren dabei, das Volk zu sein. Liebe Genossinnen und Genossen, was für ein Zynismus; denn der Ruf „Wir sind das Volk“ war ein Freiheitsfanal der mutigen Ostdeutschen, die damit eine Diktatur zum Einsturz gebracht haben

und die so erst die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit für Millionen Menschen in Ostdeutschland erkämpft haben.

Die AfD in Deutschland hat genauso wie die nationale Front in Frankreich oder die Rechtsextremen in den Niederlanden eine Rhetorik der 20er-Jahre des letzten Jahrhunderts, und wir alle wissen, wohin dies unser Land und unseren Kontinent gebracht hat. Es muss uns alarmieren, wenn ein Politiker dieser Partei, ein Landtagsabgeordneter in Thüringen, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als ein „Mahnmal der Schande“ bezeichnet. Und wenn dieser Mensch eine 180-Grad-Wende in unserer Erinnerungskultur fordert. Dieser Antidemokrat wird bei der AfD nicht rausgeschmissen - nein, er wird deshalb nicht rausgeschmissen, weil sie ihn brauchen, um den rechten Rand in ihrer Partei zu bedienen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine Alternative für Deutschland? Nein, das ist eine Schande für die Bundesrepublik!

Dieselbe Partei schließt die freie Presse von ihren Versammlungen aus. Wer aber sagt: „Informationen bekommt nur, wer schreibt, was ich will!“, wer Medienvertreter als „Lügenpresse“ stigmatisiert, wenn sie das nicht tun, der, Genossinnen und Genossen, legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier sind hunderte Journalistinnen und Journalisten. Dieser Parteitag steht zu Recht unter einer enormen medialen Aufmerksamkeit. Die Männer und Frauen, die hier über uns berichten, die schreiben, die kommentieren, die kritisch hinterfragen, die analysieren, haben nicht nur das Recht dazu, nein, es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie es tun können. Eine freie und unabhängige Berichterstattung, ein kritisches Hinterfragen derjenigen, die die Macht haben, oder derjenigen, die die sie anstreben, ist ein elementarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.

Klar ist das schwer, der Umgang mit den Medien.

Aber ich wiederhole: Deren Arbeit ist für die Demokratie von elementarer Bedeutung. Wer die freie Berichterstattung als „Lügenpresse“ bezeichnet, wer selektiv mit Medien umgeht, legt die Axt an die Wurzel der Demokratie - ob er der Präsident der Vereinigten Staaten ist oder ob er bei einer Pegida-Demonstration mitläuft. Beides ist nicht akzeptabel!

Angesichts der genannten Bedrohungen ist es an der Zeit, für die Freiheit und die Demokratie aufzustehen. Für unsere Gesellschaft aufzustehen. Mich hat sehr beeindruckt, wie nach der Wahl in den Vereinigten Staaten zum Beispiel Hunderttausende - und weltweit sogar Millionen - Frauen gegen Donald Trump demonstriert und dadurch seine frauenfeindlichen, demokratiefeindlichen und rassistischen Äußerungen zurückgewiesen haben.

Mich hat übrigens beeindruckt, dass viele Künstlerinnen und Künstler dabei waren und damit dem Unbehagen von Millionen eine Stimme verliehen haben.

Aber wir brauchen nicht in die USA zu fahren, um den Versuch zu beobachten, wie in westlichen Staaten das Rad der Freiheit zurückgedreht werden soll. Schaut in die Türkei, schaut nach Ungarn, schaut nach Polen: Medien werden malträtiert, die Opposition wird behindert oder unterdrückt, und Kunst und Kultur werden beschnitten. Das sind Entwicklungen, gegen die wir uns wehren müssen.

Ich habe als Präsident des Europaparlaments viel Erfahrung machen müssen, wie diese Feinde der Freiheit arbeiten. Jeden Tag versuchen sie, die rote Linie ein Stück weiter nach vorne zu schieben, jeden Tag einen kleinen Tabubruch mehr. Ich habe wiederholt Sanktionen gegen diese bössartigen Zyniker verhängt und musste teilweise - übrigens ohne zu zögern - auch Leute und Abgeordnete aus dem Plenarsaal schmeißen.

Ich füge hinzu, dass ich als Vorsitzender unserer Partei daran anknüpfen werde. Ich sage, ich glaube, im Namen aller, die hier sind: Ihr, die Feinde der Freiheit und der Demokratie, ihr, die ihr jeden Tag versucht, ein Stück mehr die Tabus zu brechen, ihr, die ihr jeden Tag ein Stück frecher gegen unsere Demokratie werdet, ihr habt in der SPD den entschiedensten Gegner, den man in diesem Land haben kann!

Liebe Genossinnen und Genossen, die Antwort auf diese globalen Unsicherheiten heißt: Europa. Deshalb sage ich: Lieber Sigmar, danke für das, was du als Außenminister dieses Landes hier über Europa gesagt hast!

Ich füge eines zu dem, was Sigmar Gabriel gesagt hat, für mich persönlich hinzu: Mit mir wird es kein Europa-Bashing geben. Mit mir wird es kein Schlechtreden Europas geben. Wer meint, deutsche Interessen von einem starken Europa trennen zu können, oder wer gar versucht, das eine gegen das andere auszuspielen, der ist nicht nur geschichtsvergessen, sondern der verspielt die Zukunftschancen der nächsten Generation.

Denn die Idee der Kooperation der Völker über Grenzen hinweg, dass sie sich für Frieden, für Freiheit, für unsere gemeinsame Sicherheit und für den Wohlstand der Menschen zusammenschließen, das ist die Idee von Europa.

Welche Bedeutung dieses Europa für Deutschland hat, hat Willy Brandt 1971 treffender als jeder andere formuliert. Ich zitiere Willy: *„Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte.“* Deshalb, Genossinnen und Genossen, weil Willy das so beschrieben hat - wir kehren durch Europa heim zu uns selbst, zu den aufbauenden Kräften unserer Geschichte -,

ist die Einladung in dieses Europa, die uns unsere Nachbarn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aussprachen, das größte Geschenk, das die Bundesrepublik in ihrer noch jungen Geschichte erhalten hat. Die Belgier, die Luxemburger, die Niederländer, die Franzosen und die Italiener - Länder, in denen der Nazi-Terror schlimmste Verbrechen angerichtet hat, in denen Menschen verschleppt, ermordet, gefoltert, jüdische Gemeinden ausgerottet worden waren und die Länder zerstört und in Schutt und Asche gelegt waren - luden die Bundesrepublik Deutschland Anfang der 1950er-Jahre ein, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu werden. Das war fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das waren Männer und Frauen, die Bitteres erlitten hatten und trotzdem sagten: Wenn dieser Kontinent jemals Frieden haben will, dann brauchen wir ein demokratisches Deutschland! - Sie überwandern alle Hindernisse, alle Vorurteile, alle Ablehnung.

Ich habe eingangs erwähnt: Ich bin im deutsch-niederländischen Grenzgebiet aufgewachsen. Das war nicht immer einfach. Diejenigen, die für den Ausgleich mit Deutschland warben, hatten nicht immer sofort die Unterstützung ihrer Völker, weil gefragt wurde: Warum jetzt mit denen? Die waren doch gerade erst hier und haben hier alles zerstört! - Trotzdem sagten die: Den Deutschen muss es gelingen, eine eigene Demokratie aufzubauen. - Das gelang. Die Bundesrepublik Deutschland nahm diese Einladung an und baute eine der modernsten und freiheitlichsten Demokratien in Europa auf, die nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit 1990 den Artikel 23 in ihre Verfassung schrieb, der uns Deutsche verpflichtet, an der Vertiefung der europäischen Einigung als Verfassungsauftrag mitzuwirken.

Europa wurde in diesem Geist von Deutschland mit geschaffen. Aber dieses Europa ermöglichte dem deutschen Volk auch, erhobenen Hauptes in die demokratische Völkerfamilie zurückkehren zu können. Ein deutscher Bundeskanzler hat eine zentrale Verpflichtung, Deutschland in Europa stark zu halten und durch ein starkes Deutschland Europa stark zu halten; denn beides gehört untrennbar zusammen.

Europa wurde auf dem Geist der Kooperation, des Dialoges, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität aufgebaut. Diesen Geist gilt es weiß Gott wiederzubeleben. Es gilt ihn insbesondere im Umgang mit den Flüchtlingen, die nach Europa kommen wiederzubeleben. Es ist doch ganz klar, dass wir diese enorme Herausforderung nur in der Gemeinschaft aller europäischen Völker und Nationen lösen können und ganz sicher nicht durch nationalstaatliche Alleingänge.

Deshalb will ich mich auch dafür einsetzen: für klarere Absprachen unter den europäischen Staaten, aber auch - und das sage ich in aller Offenheit - für eine konsequentere Linie gegenüber den Ländern, die von Europa enorm profitieren und

Solidarität bekommen, aber, wenn es um die Solidarität mit Flüchtlingen geht, „Nein, danke“ sagen. Das ist nicht akzeptabel.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die USA und die Türkei sind weiterhin wichtige Partner für Deutschland und für Europa. Natürlich muss ein deutscher Regierungschef mit dem amerikanischen oder dem türkischen Präsidenten reden; jawohl. Denn der Dialog ist das Wichtigste, und den Dialog nicht abbrechen zu lassen, muss immer unsere erste Wahl sein. Aber eins, liebe Leute, gibt es auch: Ich erinnere mich an einen deutschen Bundeskanzler, der einem amerikanischen Präsidenten in klaren Worten gesagt hat, was nicht geht: Es war Gerhard Schröder, ein großer Sozialdemokrat, der mit seinem Nein zum Irak-Krieg eine historische Tat begangen hat, auf die ganz Deutschland stolz sein kann. Ein deutscher Kanzler kann also durchaus - bei allen notwendigen diplomatischen Gepflogenheiten - in so gewichtigen Fragen eine klare Haltung zeigen. Nein, er kann es nicht nur, ein deutscher Bundeskanzler muss diese klare Haltung zeigen, wenn es um die Verteidigung unserer grundlegenden Werte geht.

Und deshalb lasst mich auch einige klare Worte an den türkischen Präsidenten richten: Wir werden es nicht hinnehmen, dass unsere türkischstämmigen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegeneinander ausgespielt werden. Wir dürfen auch nicht hinnehmen, dass sie durch Nazi-Vergleiche gegen andere deutsche Mitbürger aufgehetzt werden. Das gilt übrigens nicht nur für Deutschland, das gilt auch für andere Länder in Europa. Wer versucht, Menschen gegeneinander aufzuhetzen, dem muss Einhalt geboten werden.

Deshalb muss man auch Herrn Erdogan mit klaren Worten sagen, dass das so nicht geht. Und man darf ihn auch darauf hinweisen, dass seine Strategie früher oder später scheitern wird. Die Türkei ist so gespalten wie seit Jahrzehnten nicht mehr. In dieser Situation muss es doch auch in diesem Lande darum gehen, das Land zu einen und die Menschen zusammenzuführen. Das ist doch die eigentliche Aufgabe eines Staatsoberhauptes: sein Volk zusammenzuführen und die Menschen zu einen. Und das ist die Botschaft, die wir an ihn richten sollten, die Botschaft, die wir nach Ankara schicken sollten: Wir wollen eine faire, eine sachliche Auseinandersetzung, aber wir wollen nicht, dass Menschen gegeneinander aufgehetzt werden, weder in Ihrem Land noch bei uns.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine klare Haltung einzunehmen, ist für uns im Vergleich zu unseren Vorfahren doch viel einfacher. Wir haben eine lebendige Zivilgesellschaft. Wir wissen, wenn es um klare Kante und klare Haltung geht, die Mehrheit der Menschen hinter uns. Wir

wissen sie hinter uns, wenn es darum geht, unsere Werte, unsere Prinzipien mit Leben zu erfüllen. Hunderttausende in diesem Land setzen sich tagtäglich für die Gemeinschaft ein, haben Flüchtlinge unterstützt oder engagieren sich in Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen. Tausende kämpfen in vielen Initiativen gegen die neuen Rechten, oder sie engagieren sich ganz einfach im Sportverein oder in ihrem Viertel oder in irgendeiner kleinen Organisation, in der Menschen zusammenkommen.

Was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leisten müssen, ist mit einem Satz zu beschreiben: Wir müssen der Bündnispartner dieser Menschen sein.

Genossinnen und Genossen,

die Menschen in diesem Lande müssen eins spüren: Mein Leben, mein Engagement, das Schicksal meiner Familie, das Schicksal meiner Frau, das Schicksal meines Mannes, meines Partners, meiner Partnerin, das Schicksal meiner Kinder, meiner Eltern, auch das meiner Kolleginnen und Kollegen, der Freundinnen und Freunde, jedes einzelne Schicksal zählt, jedes ist wichtig. Für die Kinder gilt, was Hannelore Kraft sagt: Kein Kind zurücklassen. Jedes Kind ist ein wertvoller Teil unserer Gemeinschaft und unserer Gesellschaft. Jeder Mann, jede Frau muss eins spüren: dass es nicht mehr so sein darf, wie es uns oft entgegenschallt: Ich halte mich an die Regeln. Ich leiste meinen Beitrag im Beruf und auch darüber hinaus, in der Gemeinschaft, im Verein, in der Partei, in der Gewerkschaft, egal wo - aber ich zähle doch für euch überhaupt nichts. Ihr interessiert euch doch für mich nicht, für mein Schicksal. Ich bin euch doch egal.

Dieses verbreitete Gefühl ist gefährlich für die Demokratie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wie keine andere Partei aufgefordert, diesen Menschen zu sagen: Nein, am Anfang eines jeden Handelns, eines jeden Denkens, eines jeden Konzepts, einer jeden Entscheidungsfindung in unserer Partei steht eine Überlegung: Wie machen wir, die SPD, mit dem, was wir tun, das Leben genau dieser Menschen jeden Tag ein kleines Stück besser? Wenn die Menschen spüren, die meinen das ernst, und wenn wir es ernst meinen - und das tun wir -, dann gewinnen wir auch das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und in unsere Partei zurück, und dann, Genossinnen und Genossen, gewinnen wir auch die Bundestagswahl. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich, liebe Genossinnen und Genossen,

werbe um euer Vertrauen. Wir haben viel vor mit unserer Partei, und ich weiß genau: Das geht nur gemeinsam - mit euch, mit den Delegierten, mit den Hunderttausenden Mitgliedern unserer Partei. Ich brauche euch alle, ihr, die ihr in den

Kommunalvertretungen, in den Landtagen oder im Bundestag arbeitet, ihr, Genossinnen und Genossen, die ihr in den Ortsvereinen und Abteilungen eure Abende opfert, eure Freizeit, um etwas für die Gemeinschaft zu tun, vor allen Dingen ihr, Genossinnen und Genossen, die ihr am Samstag mit dem Tapeziertisch vor dem Supermarkt steht und mit den Leuten über den besten Weg für unser Land streitet - und glaubt mir, ich weiß, was für starke Nerven man dort manchmal haben muss -, ihr, die ihr in den sozialen Medien für eine tolerante Debatte kämpft und die ihr uns mit euren kreativen und fantasievollen Beiträgen zurzeit so viel Spaß bereitet: Ich brauche eure Unterstützung, und ich bitte euch um euer Vertrauen. Nicht nur heute; ich bitte um euer Vertrauen ab heute und solange ich dieses Amt, so ihr mich denn wählen wollt, ausübe.

Lasst mich eines hinzufügen: Ich trete an, um der Parteivorsitzende dieser stolzen Partei zu werden. Ich bewerbe mich zugleich darum, euer Kanzlerkandidat zu werden.

Ich trete mit einem klaren Anspruch an. Wir alle gemeinsam wollen, dass Anke Rehlinger am kommenden Sonntag die nächste Ministerpräsidentin des Saarlandes wird.

Wir wollen, dass Torsten Albig seine erfolgreiche Arbeit als Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein fortsetzen kann.

Und wir wollen, dass mein Heimatbundesland, das wunderbare Nordrhein-Westfalen, weiterhin von seiner starken Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geführt wird.

Wir wollen, dass die SPD die stärkste politische Kraft nach der Bundestagswahl wird, damit sie das Mandat bekommt, dieses Land besser und gerechter zu machen und den Menschen den Respekt entgegenzubringen, den die Menschen verdienen.

Und ich will, liebe Genossinnen und Genossen, der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

Herzlichen Dank und Glück auf!